

Geeinter Kampf

Das neue Jahr hat begonnen und wir beschäftigen uns wieder mit den Alltagsgeschäften. Vor allem beginnt heute die Parteiarbeit für die nächsten Wahlen. Die SVP muss ihre Kernthemen mit aller Kraft bewirtschaften und darf dabei die anderen Themen wie Umweltschutz, Altersvorsorge und die Entwicklung der Gesundheitskosten nicht vergessen.



Liebe Leserinnen und Leser

Auf der Agenda 2020 stehen wichtige Entscheide an. Vorab finden am 9. Februar 2020 zwei zentrale Abstimmungen statt, nämlich die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes «Zensurgesetz» sowie «Mehr bezahlbarer Wohnraum». Zwei Vorlagen die längerfristig unsere Demokratie und Selbstbestimmung beeinträchtigen. Beide Abstimmungen weisen gewisse Parallelen auf. Einerseits soll die freie Meinungsbildung beeinträchtigt werden und andererseits sollen mehr staatliche Regulierungen den Wohnungsbau beeinflussen.

Im Mai 2020 wird das Schweizer Stimmvolk voraussichtlich über die Begrenzungsinitiative abstimmen können. In den letzten dreizehn Jahren sind eine Million Menschen in unser Land gezogen. In zehn bis fünfzehn Jahren wird die Bevölkerung auf zehn Millionen angewachsen sein. Die Schweiz misst insgesamt 41'285 km². Im Vergleich leben in New York City 8.3 Millionen Einwohner. Der Staat New York ist jedoch drei Mal grösser, nämlich rund 141'000 km². Wollen wir also verstopfte Strassen, überfüllte Züge, wachsende Sozialkosten, mehr Arbeitslose usw. Nein, wir wollen die Zuwanderung selber steuern können und selbst bestimmen, wer in unser Land zieht.

Nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative plant der Bundesrat das institutionelle Rahmenabkommen zu unterzeichnen. Wie Sie sehen, liebe Leserinnen und Leser, die SVP muss mit geeinten Kräften Widerstand leisten und sich für die Freiheit, Sicherheit und für die Schweiz einsetzen, damit auch unsere Nachkommen einen Arbeitsplatz haben und sich sicher bewegen können.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler

Wichtiges im Januar



- 22** | Fraktionssitzung
Kantonsratsfraktion
- 24** | Sitzung Parteileitung und
Partei Vorstand mit Sekretären
- 25** | Eidgenössische
Delegiertenversammlung
- 27** | Session Kantonsrat Luzern
- 28** | Session Kantonsrat Luzern

AUS DER REDAKTION

Aus dem «SVP Kurier» wird neu die «SVP news», das offizielle Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern. Die «SVP news» erscheinen monatlich und sind als online-Version jeweils aktuell auf der Website der SVP Kanton Luzern zum Download bereit. Selbstverständlich kann auf Bestellung eine Printversion zugestellt werden.

Mit den «SVP news» will die Parteileitung des SVP Kanton Luzern schneller und fokussierter über wichtige Themen und Entscheidungen informieren. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden.

Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung
Die Parteileitung der SVP Kanton Luzern

Infos über die SVP Kanton Luzern:
www.svplu.ch



Das müssen Sie wissen

Keine zentralistischen Vorgaben

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will das Angebot an preisgünstigem Wohnraum mit planwirtschaftlichen Methoden erhöhen. Der Bundesrat sowie das Parlament waren dagegen. Ein breit abgestütztes bürgerliches Komitee bekämpft nun die Initiative, so auch die SVP Kanton Luzern.

Noch nie standen in den letzten 20 Jahren in der Schweiz so viele Wohnungen leer wie heute. An vielen Orten hat sich die Situation am Wohnungsmarkt entspannt. Das Bundesamt für Statistik weist per 1. Juni 2019 schweizweit 75'323 leerstehende Wohnungen aus. Heute stellt die Wohnungssuche nur noch in den Grossstädten eine Herausforderung dar. So die nüchterne Analyse, dennoch geht eine Initiative des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes mit der Unterstützung aus linken Kreisen davon aus, dass es in der Schweiz nicht genügend preisgünstige Mietwohnungen gibt. Um dieser Situation abzuweichen, möchten sie, dass mindestens 10 Prozent der neuen Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften erstellt werden. Die Initiative will zudem verhindern, dass Beiträge zur energetischen Sanierung für Preissteigerungen verwendet werden. Davon profitieren diejenigen, die eine Wohnung in einer Genossenschaft wünschen und erhalten. Alle anderen zahlen die Zeche, über die Steuergelder, die in die Subventionen für die Genossenschaften fließen und über höhere Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt, welche die Initiative verursacht.

Breite Front gegen Initiative

Der Bundesrat stellt in seiner Botschaft klar, dass die von der Initiative geforderten Markteingriffe weder nötig noch realistisch sind. Aus diesem Grund lehnen der Bundesrat sowie das Parlament die Initiative ab, denn schon heute garantiert die Bundesverfassung die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus – ohne starre Quote. Die bisherige Wohnraumförderung hat sich bewährt. Die

Umsetzung der Initiative würde unverhältnismässig viel kosten. Bei einer Ablehnung würde der bestehende Fonds für gemeinnützigen Wohnungsbau für 10 Jahre mit 250 Millionen gespeist als Entgegenkommen. Der Bundesrat schätzt die Mehrkosten bei einer Annahme der Initiative aber auf 120 Millionen Franken pro Jahr – noch ohne die Kosten für den neuen bürokratischen Kontrollapparat. Für diese Kosten müssten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen. Wenn sich nicht genügend gemeinnützige Bauträger finden – was der Bundesrat befürchtet –, sind Bund, Kantone und Gemeinden gezwungen für diese einzuspringen und selbst solche Wohnungen zu bauen. Die sozialistische Planwirtschaft schreitet voran, es droht die Verstaatlichung des Wohnungsmarktes. Aus diesem Grund bekämpft ein breit abgestütztes bürgerliches Komitee dieses Vorhaben und auch die SVP Kanton Luzern hat an der Delegiertenversammlung am 16.1.2020 die Nein-Parole gefasst.

Zuwanderung begrenzen

Laut den Initianten liegen die Ursachen für die steigenden Kosten bei den renditegetriebenen Investoren. Diesem Vorwurf kann ein einfaches Rechenbeispiel des Zürcher Nationalrats Bruno Walliser entgegengehalten werden: «Im Jahr 2018 sind netto 31'250 Personen in die Schweiz zugezogen, das entspricht einem benötigten Wohnraum von 15'000 Zweieinhalbzimmerwohnungen. Wer wirklich etwas gegen den Mangel an bezahlbarem Wohnraum tun will, der sagt Ja zu weniger Einwanderung und damit Ja zur Begrenzungsinitiative der SVP.»

Nachgefragt bei



Franz Grüter
Nationalrat

Weshalb lehnen Sie die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab?

Die Initiative installiert nicht nur einen willkürlichen und bürokratischen Quotenwahnsinn in der Verfassung, sondern unterläuft auch unseren bewährten Föderalismus. Sie ist Ausdruck einer zunehmenden Zentralisierung von Staatsaufgaben, die besser vor Ort gelöst werden können. Als freiheitsliebender Politiker sage ich deshalb Nein zu dieser unnötigen und kontraproduktiven Initiative.

Die Initiative will von oben nach unten Quoten und Vorgaben durchsetzen. Weiter oben bedeutet jedoch auch weiter weg von den Betroffenen. Es werden zentral Gelder verteilt, der Wohnungsmarkt ist aber feingliedrig und lokal strukturiert. Auch der gemeinnützige Wohnungsbau muss regional verankert sein. Das entspricht auch dem Genossenschaftsgedanken, der auf der Idee der lokalen Hilfe zur Selbsthilfe begründet ist. Eine zentralistische Politik greift hier zu kurz und steht sogar den eigenen Werten entgegen. Dieser setzt nämlich ursprünglich auf Eigenverantwortung und dezentrale Strukturen. Alles andere ist Planwirtschaft und das wollen wir in der Schweiz nicht.

Das müssen Sie wissen

Finanzierung der AHV sichern



Zur Sicherung der Altersrenten der hart arbeitenden Menschen in der Schweiz sollen eine Milliarde aus der Entwicklungshilfe in die AHV bezahlt werden.



Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz fordert, dass ein Teil der Nationalbanküberschüsse der AHV zugutekommen soll. Zudem hat er entschieden, für die Nachfolgeregelung von Parteipräsident Albert Rösti eine Findungskommission einzusetzen.

Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz hat an seiner Sitzung vom 10. Januar 2020 seiner Sorge um die nach wie vor ungesicherte Finanzierung der Altersvorsorge Ausdruck verliehen. Angesichts der hohen Gewinne der Nationalbank (SNB) fordert er, dass die Überschüsse aus den Negativzinsen in die Alters- und Hinterlassenenvorsorge (AHV) fliessen sollen. Zur Sicherung der Altersrenten der hart arbeitenden Menschen in der Schweiz hält der Parteileitungsausschuss der SVP zudem an der Forderung fest, eine Milliarde aus der Entwicklungshilfe in die AHV zu bezahlen. Eine mögliche Volksini-

tiative ist in Prüfung. Zudem soll, wie von der SNB angekündigt, der Anteil der Zusatzausschüttung vollumfänglich der AHV zufließen.

Die SVP setzt eine Findungskommission ein

Der amtierende Präsident Albert Rösti tritt nicht für eine weitere Amtszeit an. Der Parteileitungsausschuss der SVP Schweiz hat beschlossen, für die Neubesetzung des Parteipräsidiums eine Findungskommission einzusetzen. Den Vorsitz übernimmt Caspar Baader, der ehemalige Präsident der SVP-Bundeshausfraktion. Der Jurist zeichnet sich durch seine Unabhängigkeit und seine langjährige Erfahrung als Fraktionspräsident aus. Die weiteren Mitglieder der Findungskommission werden in Absprache mit dem Parteileitungsausschuss ernannt. Die Findungskommission wird geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für das Parteipräsidium der SVP Schweiz vorschlagen.



Bild des Monats



Kantonale Delegiertenversammlung in Werthenstein

Am 16. Januar 2020 fand im Restaurant Kloster, Oberdorf in Werthenstein die Kantonale Delegiertenversammlung der SVP Kanton Luzern statt. Dabei wurden unter anderem die bevorstehenden Volksabstimmungen vom 9. Februar 2020 behandelt. Die Delegierten der SVP Kanton Luzern fassten die Nein-Parole zur Initiative «Mehr bezahlbarer Wohnraum» und die Nein-Parole zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes.

Weitere Eindrücke der Delegiertenversammlung finden Sie auf der Facebookseite der SVP Kanton Luzern.



Kampf gegen Zensurgesetz

Am 9. Februar 2020 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes ab. Gegen diese Änderung wurde das Referendum ergriffen, da das Gesetz in Wahrheit ein Zensurgesetz ist.

Am 9. Februar 2020 wird das Schweizer Volk an der Urne darüber befinden, ob im Rahmen der heutigen Antirassismus-Strafnorm neu auch die sexuelle Orientierung unter ein besonderes Diskriminierungsverbot gestellt werden soll. Wer künftig Homosexuelle in der Öffentlichkeit beleidigt, sie herabwürdigt, gegen sie hetzt oder sie sonst in einer Weise diskriminiert, soll bestraft werden.

Einschränkungen der Meinungsfreiheit

Der Bundesrat sowie das Parlament wollen die Anti-Rassismus-Strafnorm ausweiten und verbieten, Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Wer deswegen zu Hass aufruft oder Propaganda verbreitet, soll ebenfalls bestraft werden können. Aus ihrer Sicht wird dadurch der Schutz vor Diskriminierung erhöht. Gegen diese Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen: Laut dem Referendumskomitee geht es bei dem Gesetz, das als Diskriminierungsschutz verkauft wird, in Wahrheit um ein Zensurgesetz. Dieses bedrohe die Meinungsfreiheit sowie die Gewissens- und Gewerbebefreiheit. Zudem sei das Gesetz unnötig: Wer Menschen öffentlich beleidige oder herabwürdige, werde bereits heute bestraft.

Überflüssige Änderung

Das Zensurgesetz gibt vor, nur «Hassrede» unter Strafe zu stellen. Wo die Grenzen der Meinungsfreiheit genau enden sollen, ist dabei rechtlich kaum fassbar. Niemand kann heute genau abschätzen, inwieweit wissenschaftlich und weltanschaulich begründete Kritik an sexuellen Orientierungen zu strafrechtlichen Konsequenzen führen wird. Erfahrungen aus dem Ausland mit Diskriminierungs-Strafnormen zeigen, dass genau das zu befürchten ist. «Ich halte die geplante Strafnorm aus verschiedenen Gründen für überflüssig, ja schädlich. Homosexuelle sind heute gegen Beschimpfungen und Beleidigungen durch das Strafrecht genauso geschützt wie Heterosexuelle», hält Nationalrat Roger Köppel fest.

Gleichheit aller Bürger

Der Zürcher Verleger fragt weiter: «Wenn nun aber unter dem Deckmantel des Rassismus jede Art von Minderheit vor Benachteiligungen geschützt werden soll, halte ich das für falsch. Warum sollen neben den Homosexuellen nicht auch Alte, Behinderte, Ausländer, Tierschützer oder Veganer den Rassismus-Artikel anrufen können?» Am Anfang jeder freiheitlichen Gesellschaft steht das Gebot der Gleichheit aller Bürger vor dem Staat, welcher verpflichtet ist, die Grundrechte aller in gleicher Weise zu garantieren. Aus diesem Grund hat auch die SVP Kanton Luzern an der Delegiertenversammlung 16. Januar 2020 die Nein-Parole gefasst.



Ich wünsche Ihnen alles Gute, viel Erfolg und Gesundheit in diesem Jahr.



Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Engagement und Ihr Interesse im vergangenen Jahr und hoffe, dass ich auch zu Beginn der 20er Jahre in diesem Jahrhundert auf Sie zählen kann.

Liebe SVP-Familie

Auf die SVP warten zahlreiche Herausforderungen, denn die politische Grosswetterlage bringt uns Gegenwind. Nichtsdestotrotz oder gerade deshalb ist unser Einsatz für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger essenziell. Wer, wenn nicht wir, setzt sich für mehr Freiheit, Wohlstand und Sicherheit ein? Ich bin bereit mich dieser Herausforderung zu stellen und hoffe, dass wir gemeinsam antreten werden.

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem kann eine Printversion angefordert werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch